

»So, jetzt sind wir hier.«¹

Wie Momente der (Selbst-)Ermächtigung von Geflüchteten subkulturellen Aktivismus und ehrenamtliches Engagement herausfordern

Nikolai Huke

Werden politische Veränderungen in der Gesellschaft sozialwissenschaftlich untersucht, wird der Blick meist auf Politik in einem engeren Sinne, also auf Parteien oder Regierungen gerichtet. Darüber hinaus werden, wenn auch seltener, Nichtregierungsorganisationen oder soziale Bewegungen zusätzlich in den Fokus genommen. Im Mittelpunkt von Analysen stehen meist explizite Forderungen und die Frage, wie sich diese in politischen Aushandlungsprozessen durchsetzen – oder auch nicht. Eine Dimension, die beim Nachdenken über gesellschaftliche Transformationsprozesse hingegen auch in akademischen Debatten häufig vernachlässigt wird, sind Alltagspraktiken. Politik, so scheint es, entsteht erst in dem Moment, in dem Forderungen öffentlich artikuliert werden.

Politik wird – im alltäglichen Sprachgebrauch ebenso wie in der Politikwissenschaft – häufig auf das reduziert, was innerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie passiert. Wie Agnoli schreibt, wird in der Tendenz »der ganze Kampf gesellschaftlicher Kräfte auf die parlamentarische Auseinandersetzung und auf den Kampf der Parlamentsparteien untereinander zurückgeführt« (Agnoli 1968: 28). Interessen und Forderungen, die aufgrund gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse und der »strategischen Selektivität« (Jessop 1999) der Staatsapparate nicht auf dem Terrain des Staates artikuliert werden (können), werden dadurch politisch unsichtbar. In der sozialen Bewegungsforschung wird gegenüber diesem eng gefass-

1 Für zahlreiche hilfreiche Kommentare zu einer früheren Version des Texts bedanke ich mich bei Eva Fleischmann und Tim Schumacher.

ten Politikbegriff Aktivismus jenseits des Staates als notwendige Ergänzung der institutionellen Politik begriffen. Wie Kitschelt argumentiert, entstehen soziale Bewegungen, wenn der Staat sich gegenüber Forderungen relevanter Teile der Bevölkerung als nicht-responsiv erweist (Kitschelt 1993). Bewegungen erweitern und verändern durch ihren Aktivismus den institutionellen politischen Prozess. Trotz dieser Erweiterung bleibt das Politikverständnis der sozialen Bewegungsforschung weiterhin auf jene Konflikte zentriert, die in der politischen Öffentlichkeit stattfinden. Alltagszentrierte Konfliktanalysen betonen demgegenüber die Notwendigkeit, das politische Potenzial – sich nicht explizit politisch artikulierender – praktischer Alltagshandlungen analytisch einzubeziehen. Dort wo sie massenhaft ausgeübt werden, haben – so die These – Alltagspraktiken das Potenzial Logiken der etablierten Politik zu unterlaufen und politische Transformationsprozesse auszulösen (Bayat 2010). Die Flüchtlingshilfe, die in Deutschland im »Sommer der Migration« (Hess et al. 2017) im Jahr 2015 entstand, bewegte sich meist »*unterhalb* eines als politisch kodierten sozialen Raums« (Karakayali 2017: 23). Viele Aktive nahmen eine »plakativ antipolitische[...] Haltung« (Karakayali 2017: 23) ein und betonten ihren »ganz pragmatischen Einsatz[...]« (Karakayali 2017: 23).

Die Frage, inwiefern die Bewegung der Flüchtlingsolidarität dennoch als politische Bewegung einzuordnen ist, wurde zumeist als Frage ihrer »Politisierung« diskutiert. Um eine gegenhegemoniale politische Wirkung zu entfalten, argumentieren exemplarisch etwa Ratfisch und Schwiertz, müsste in »einem Prozess der Politisierung [...] das Versagen des Staates, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung zu organisieren, sowie seine gesamte antimigrantische Politik thematisiert werden« (Ratfisch/Schwiertz 2016: 32). Wichtig sei es auch, sich neben dem alltäglichen Engagement für Geflüchtete an »Demonstrationen und anderen Protestformen« (Ratfisch/Schwiertz 2016: 32) zu beteiligen. Ähnlich argumentieren Fleischmann und Steinhilper: Die Möglichkeit politischer Transformation entstehe primär dort, wo Ehrenamtliche sich des politischen Charakters ihres nur vermeintlich apolitischen Engagements bewusst würden und ihre Tätigkeit in einen breiteren Kontext einbetteten (Fleischmann/Steinhilper 2017: 24). Schiffauer et al. halten es für »erforderlich, dass die Bewegung ein eigenes Selbstverständnis und Profil entwickelt. Sie muss sich politisieren, um in der Lage zu sein, politischen Druck aufzubauen und auszuüben. Dazu muss die aus der Reflexion der Verhältnisse vor Ort hervorgehende politische Kritik verallgemeinert werden« (Schiffauer et al. 2017: 28).

Je expliziter, allgemeiner und weitreichender politische Forderungen artikuliert werden, so scheint die zugrundeliegende These zu lauten, umso wahrscheinlicher werden politische Transformationsprozesse. Eine politische Konsequenz daraus ist das Ziel, »bisher nur wenig politisierte[...] Positionen und Strömungen« (Ratfisch/Schwartz 2016: 6) an »linke sowie linksradikale« (Ratfisch/Schwartz 2016: 3) anzunähern. Während aktivistische Formen (z.B. Demonstrationen), die auf die Ebene politischer Repräsentation abzielen, implizit als Idealtyp politischer Veränderung präsentiert werden, wird das plakativ unpolitische Engagement für Geflüchtete kritisiert, bei dem der konkrete Aufbau von Beziehungen und die Befriedigung existentieller Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. »Geflüchtete«, schreiben Ratfisch und Schwartz, »müssen mit paternalistischen und rassistischen Verhältnissen und Praxen umgehen, und ihr Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen wird häufig indirekt von ihrer Dankbarkeit – »ein Lächeln reicht« – und direkt von der Laune der Helfenden abhängig« (Ratfisch/Schwartz 2016: 25). Zudem kritisieren sie, das zivilgesellschaftliche Engagement werde von politischen Eliten genutzt, um – trotz einer weiterhin restriktiven Migrationskontrollpolitik – »das Image der deutschen Nation aufzupolieren, das durch die rassistischen Proteste international stark beschädigt worden war« (Ratfisch/Schwartz 2016: 24).

Im Folgenden werden die beiden zentralen Elemente dieser Argumentation einer Kritik unterzogen: *Erstens* wird gezeigt, dass politischer Aktivismus nicht notwendigerweise bessere Chancen bietet, die Gesellschaft zu verändern, als eine sich als unpolitisch verstehende Flüchtlingshilfe. Eine radikale Forderung ist noch keine radikale politische Veränderung. Das Ziel der »Politisierung« – im Sinne einer Annäherung des ehrenamtlichen Engagements an traditionelle Formen von Aktivismus – wird dadurch fragwürdig. *Zweitens* wird der immanent politische Charakter eines naiven, pragmatischen und humanistischen Engagements für Geflüchtete im Kontext einer inhumanen Migrationskontrollpolitik aufgezeigt. Das politische Moment ist dabei eine Frage der Praxis und weitgehend unabhängig davon, ob die Aktiven ihre Arbeit als politisch begreifen oder nicht. Die Kritik macht sichtbar, dass es zu kurz gegriffen ist, Engagement auf der Ebene von Diskursen und politischen Forderungen zu analysieren. Vielmehr ist es notwendig, praktische Effekte des Engagements zu reflektieren, die potenziell in einem widersprüchlichen Verhältnis zu den Begründungen und Rechtfertigungen des eigenen Engagements durch die Subjekte selbst stehen. Statt Engagement von einer idealtypischen Position eines vermeintlich politischeren Aktivismus aus zu beur-

teilen, erweist es sich als produktiver, unterschiedliche Formen des Engagements in ihren jeweiligen Widersprüchen und Eigenlogiken zu rekonstruieren.

Der Artikel ist in drei Abschnitte gegliedert: Im ersten Teil werden Grenzen des subkulturellen Aktivismus rekonstruiert, der zweite Teil hebt Chancen eines pragmatischen, naiven Humanismus hervor. Der dritte Teil zeigt daran anschließend, wie Momente der (Selbst-)Ermächtigung von Geflüchteten beide Formen des Engagements herausfordern. Dort, wo subkulturelles und karitatives Engagement auf Geflüchtete treffen, die sich selbst zu Wort melden, können hybride Politikformen entstehen, in denen Geflüchtete als politische Subjekte sichtbar werden und eine konkrete Lösung für alltägliche Probleme einfordern. Während Flüchtlinge im subkulturellen Aktivismus in der Tendenz als politische Aktivist*innen und im karitativen Engagement als Opfer porträtiert werden, werden sie in Momenten der (Selbst-)Ermächtigung als normale Menschen mit alltäglichen Bedürfnissen sichtbar. Die Praktiken der Flüchtlingshilfe, so zeigen die drei Teile, sind – auch dort, wo sie sich selbst als unpolitisch begreifen – immer schon politisch, wobei die Form der Politik umstritten und umkämpft bleibt.

Subkultureller Aktivismus in der Flüchtlingshilfe – und seine Grenzen

In der Flüchtlingshilfe nach 2015 ist es vor allem linker, linksradikaler und antirassistischer Aktivismus, der im Sinne der sozialen Bewegungsforschung Forderungen artikuliert, die innerhalb der herrschenden institutionellen Politik nicht realisiert werden: Sei es nach rechtlicher Gleichstellung von Geflüchteten, nach Seenotrettung oder nach einer Abschaffung des Migrationskontrollregimes. Organisatorisch stützt sich der Aktivismus auf eine Vielzahl von Gruppen, die politische Forderungen formulieren, Proteste und Demonstrationen organisieren, aber auch praktische Unterstützung von Geflüchteten leisten. Entsprechende Gruppen,

»die aus einer linken Tradition antirassistischer Arbeit und internationaler Solidarität kommen, [bevorzugen eher] sich solidarisch mit den Geflüchteten zu zeigen und Änderungen in der Asylpolitik voranzutreiben, als den Geflüchteten zu ›helfen‹. Konkrete Unterstützungsangebote wie Transporthilfe, Essensvergabe oder Rechtsberatung für Geflüchtete sind hierbei meist

an Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse oder politischer Entscheidungen gekoppelt, wie sich beispielsweise an No Border und No Lager Gruppen zeigt.« (Daphi/Stern 2019: 275)

Auch wenn bereits in den 1960er Jahren Geflüchtete aus politischen Gründen unterstützt wurden, entwickelte sich

»Flüchtlingssolidarität erst ab den 1990er Jahren zu einer regelrechten sozialen Bewegung, als sich Teile der radikalen Linken nach dem Ende des Systemkonflikts um neue Themen gruppierten. Mit medienwirksamen Aktionen gegen Abschiebeflüge (»Deportation Class«) der deutschen Fluggesellschaft Lufthansa wurden auch Gruppen bzw. Slogans wie »kein mensch ist illegal« und »no border« einer breiteren deutschen und internationalen Öffentlichkeit bekannt. Der Bewegung gelang es, seit Ende der 1990er Jahre umfangreiche politische Kampagnen wie die »Karawane für die Rechte der Migranten und Flüchtlinge«, Kampagnen um das Kirchenasyl oder etwa die »no border-Camps« an verschiedenen europäischen Orten wie Lesbos, Straßburg, Frankfurt, Frassanito, Calais usw. zu organisieren.« (Karakayali 2017: 17)

Ein zentraler Aspekt in der Bewegung war es, Flüchtlinge als politische Subjekte zu verstehen, deren Stimme innerhalb der Bewegung selbst Gehör finden muss (Karakayali 2017: 17). Während eine sich als unpolitisch begreifende Flüchtlingshilfe in der akademischen Rekonstruktion der Willkommenskultur vielfach analysiert – und kritisiert – wurde, gerieten die sich selbst explizit als politisch begreifenden aktivistischen Segmente der Flüchtlingshilfe nur selten explizit in den Blick. Implizit wurde die sich als politisch verstehende aktivistische Perspektive – wie etwa oben skizziert bei Ratfisch und Schwiertz (2016) – zum normativen Maßstab, an dem Engagement gemessen wurde.

Die zwischen Februar 2018 und Juni 2019 geführten Interviews im Rahmen des Forschungsprojekts »Willkommenskultur und Demokratie in Deutschland« zeigen, dass eine solche Perspektive dazu tendiert, die Widersprüche und Grenzen von subkulturellem Aktivismus zu unterschätzen. Insbesondere wurden in den Interviews sechs Probleme von Aktivismus mit politischem Selbstverständnis in der Flüchtlingshilfe sichtbar:

Fehlender Kontakt zu den Geflüchteten selbst. Es gebe, erzählt eine Ehrenamtliche von ihren Erfahrungen in der Flüchtlingshilfe im Jahr 2015, »ja gar nicht so rasend viele Antira-Gruppen. Aber auch Antifa. Da frage ich mich: Wo seid ihr alle? [...] Was hast du denn gemacht? Wieso hast du immer noch keine Telefonnummer von einer afghanischen Person in deinem Handy. Wie

kann das sein?« (Ehrenamtliche, 06.03.2018). Sie beschreibt die Situation als »Mega-Desaster für die radikale Linke«, da »ganz wenige Personen, also Einzelpersonen, die aus [entsprechenden] Kontexten kamen sich komplett in die Struktur [der Nothilfe am Bahnhof] reinbegeben haben« (Ehrenamtliche, 06.03.2018). Ein anderer Ehrenamtlicher erzählt, das aktivistische Spektrum seien »hauptsächlich Leute, die eben nicht praktisch Flüchtlingsarbeit machen, wobei einzelne schon, sondern die jetzt mehr so von einer politischen Seite herkommen. [...] Aber die selbst nicht in der Einzelfallarbeit tätig sind und die sagen, sie wollen was gegen Abschiebung machen und gegen die Stimmungsmache hier in der Bevölkerung, gegen Rassismus und so. Und da guckt man eher: ›Was kann man hier irgendwie so gesamtgesellschaftlich oder gegen Abschiebung was kann man da machen?‹« (Ehrenamtlicher, 19.10.2018) Ein anderer Aktivist beschreibt entsprechende Arbeit als »so dieses Traditionelle, man macht so ein Bündnis und dann schreibt man Selbstverständnis und dann schreibt man Aufruf und dann macht man, ich weiß nicht, eine Kundgebung oder so« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018). Typisch in diesem Sinne sei »ein Bündnis gegen Abschiebehaft [gewesen], da gibt es noch so ein Milieu, [...] vielleicht so 30 Leute, [die sich irgendwann gefragt haben]: [...] Ja, was ist eigentlich mit Geflüchteten? Wir sitzen hier zusammen so, weißte linke Intellektuelle [...]« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018).

Tokenismus. Einzelne aktivistische Geflüchtete und ihre Forderungen werden innerhalb aktivistischer Szenen teilweise als repräsentativ für alle Geflüchteten eingeordnet. Ein Sozialarbeiter kritisiert, dass »die antirassistische Szene [...] relativ wenig Ahnung habe, [...] was da [in Flüchtlingsunterkünften] passiert. Und das liegt auch daran, dass wenn man Kontakt zu einem aktivistischen Geflüchteten hat, der auch wiederum [nur] seine sehr partikulare Position vertritt. [...] Nur weil Leute in einer problemhaften Situation sind, heißt das nicht, dass sie plötzlich Politaktivisten werden. Und es heißt auch nicht, dass sie solidarisch untereinander werden. Und ich glaube, da gibt es viele, die da ein bisschen verblendet reingehen« (Sozialarbeiter, 02.02.2018).

Egozentrismus. Ausgangspunkt des politischen Aktivismus seien teilweise eher Interessen der Aktiven selbst, als Bedürfnisse der Geflüchteten, kritisiert ein Interviewpartner am Beispiel des Konzepts einer Baugruppe:

»Wir machen einen Bau, wo die geflüchteten Menschen, die da später einziehen sollen, selber mitbauen können, oder wir machen was, wo hinter dem Haus Gemüse angebaut wird, das die Leute dann verkaufen können.« Ja, jetzt

hast du Bewohner, die kommen vielleicht aus der Großstadt, [...] aus Aleppo oder was weiß ich, die wollen nicht in Tübingen Gemüse anbauen, aber das Konzept sieht vor, dass du Gemüse anbaust und die Geschichte mit dem Mitbauen ist ja eigentlich eine tolle Sache, aber das funktioniert mit Freiwilligen, wenn ich sag: ›Ich möchte gerne meinen Lehmhaus hinstellen, weil ich das eine tolle Art zu wohnen finde und ich such Gleichgesinnte mit denen ich einen Lehmhaus mache.‹ Aber Leute, die hierherkommen und mir letztlich von der Stadt zugewiesen werden ins Projekt, mit denen mache ich dann den Lehmhaus. [...] Ich glaube, das ist das größte Bedürfnis von den Leuten, hier anzukommen und zu sagen: ›Ich möchte ganz normal wohnen. Ich möchte nicht auffallen, ich möchte nichts. Ich möchte einfach ganz normal wohnen.‹ Und alles andere sieht man dann.« (Mitglied einer Baugruppe, 14.03.2018)

Instrumentalisierung. Aktivismus ist – anders als karitatives Engagement – in der Regel mit konkreten politischen Interessen verbunden, die die Aktiven selbst verfolgen (z.B. Organisationsprozesse anzustoßen, öffentliche Aktionen zu machen, politische Veränderungen herbeizuführen etc.). Diese Zielsetzung entspricht in der Flüchtlingshilfe nicht notwendig den Bedürfnissen und strategischen Perspektiven der Geflüchteten selbst. In der Folge birgt aktivistisches Engagement die Gefahr, die Geflüchteten für eigene Interessen zu instrumentalisieren und paternalistisch zu behandeln. Ein Aktivist reflektiert im Interview seine eigene Praxis:

»Das erste Problem, was irgendwie mir so politisch konkret immer wieder über den Weg läuft, ist das Problem der Instrumentalisierung so, also irgendwie dann sich doch nur so ein Stück weit sich auf die Logik von Auseinandersetzungen einzulassen und doch einen politischen Mehrwert für sich da rauszuziehen. [...] Es gab [...] eine politische Kundgebung – Tag der Geflüchteten oder so was. [...] Da war quasi so eine politische Agenda gesetzt, die dann die Leute aus dieser Auseinandersetzung [Geflüchtete, die sich gegen die Unterbringungsbedingungen in einer Halle zur Wehr setzen] so mit einspannt, aber quasi für was ganz anderes und das hat denen auch gar nichts gebracht. Also das war eher sogar kontraproduktiv noch. Das würde ich sagen, ist schon so einerseits die Gefahr und andererseits irgendwie, sich irgendwie auch sich darin zu verlieren in so kleinteiligen Konflikten, Problemen und so weiter. Und das war auch immer super anstrengend daran, immer zu sagen, wenn Leute zu dir kommen und sagen: ›Ok, meine Tochter ist krank. Wo krieg ich einen Arzt her?‹, ›Puh, weiß ich nicht, [...] zu sagen: ›Kenne ich mich nicht mit aus, ich kann dich nur verweisen an Leute, die das kön-

nen vielleicht. Und ich kann anbieten, [...] eine politische Auseinandersetzung zu haben.« Das [...] hat auch manchmal so einen faden Beigeschmack. Leute kommen zu dir mit so ganz konkreten Sachen und du sagst dann nur: »Kann ich irgendwie nichts machen.« Und das war wirklich dauernd. Also die ganze Zeit.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018)

Ein Geflüchteter berichtet von ähnlichen Erfahrungen: »Manchmal habe ich gesagt: »Wir werden für [inner-]deutsche Kämpfe benutzt.« [...] Wir wurden von so vielen Leuten benutzt. [...] Die Unterstützer haben uns gedrängt, zum Rathaus zu gehen, gegen den Bürgermeister zu kämpfen, so viele verrückte Dinge zu tun, Demonstration bei Nacht, Demonstration jede Woche. Wir haben nichts erreicht. Sie haben uns dann einfach verlassen« (Geflüchteter, 21.02.2018, Übers. d. Verf.).

Ineffizienz. Aktivistisches Engagement ist nur begrenzt in der Lage, konkrete Lösungen für alltägliche Probleme zu entwickeln. Fragen der politischen Repräsentation stehen teilweise einem pragmatischen Umgang, der die konkreten Beziehungen und Bedürfnisse der Menschen im Blick hat, entgegen und nehmen viele Ressourcen in Anspruch. Ein Aktivist erzählt von einem Beispiel:

»Die ersten vier Treffen [...] wurde dann über so ein Selbstverständnis gesprochen. Also wirklich wie so eine Satire eigentlich. Man sitzt zusammen mit 30 Leuten, der Kreis schrumpft rapide, weil irgendwie drei Stunden über ein Selbstverständnis geredet wird und dann nach Hause zu gehen ist irgendwie total unbefriedigend. Wir haben auch immer versucht zu sagen: [...] »Dieses Selbstverständnis ist jetzt nicht so das Zentrale.« Aber andere wollten unbedingt so ein Selbstverständnis haben und [...] das hat sich irgendwie schneller zersetzt als das Selbstverständnis dann fertig war. [...] Der [Text des Selbstverständnisses] sollte dann noch übersetzt werden und [...] wurde an irgendeinen Übersetzer gegeben, der das die ganze Zeit auch weiter übersetzt [hat] und irgendwann kam dann so: »Ah ja, jetzt ist das Selbstverständnis übersetzt« und [...] dieses Bündnis gab es schon längst nicht mehr.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018)

Volatilität. Seiner Erfahrung nach sei politisches Engagement häufig mit sehr kurzfristigen Perspektiven verbunden, erzählt ein Aktivist: »Ich glaube, dass viele von den linken, jüngeren, subkulturell geprägten Leuten, dass da die Dauerhaftigkeit nicht geklappt hat, weil deren Leben sich selber auch verändert hat. War auch bei mir so. Vor 2015 habe ich auch Leute unterstützt,

aber das war halt eine Autofahrtstunde entfernt [...] und irgendwann ist dann der Kontakt abgebrochen. Und ich hatte viel mit meinem eigenen Leben zu tun. Dann hat es leider nicht mehr geklappt. Bisschen blöd« (Ehrenamtlicher, 13.03.2018). Ähnliche Erfahrungen hat auch ein Aktivist aus einer selbstorganisierten Gruppe von Geflüchteten gemacht: »Viele Gruppen sind gekommen, um mit uns als Flüchtlinge zu arbeiten, uns zu unterstützen [...]. Am Ende haben wir keine von ihnen mehr gesehen. Sie haben uns alle verlassen [...]. Sie haben mit allem aufgehört. Als sie aufgehört haben, hat alles aufgehört« (Geflüchteter, 21.02.2018, Übers. d. Verf.).

Subkultureller Aktivismus, so zeigen diese Beispiele, eignet sich nur begrenzt als Maßstab und implizite Zielvorstellung einer Kritik der Flüchtlingshilfe. Er ist vielmehr selbst von inneren Widersprüchen durchzogen, die erfolgreiche politische Veränderungen erschweren oder sogar verunmöglichen. Es wäre gleichwohl falsch, aus den Widersprüchen zu schließen, dass subkultureller Aktivismus obsolet ist: Er leistet eine notwendige politische Kritik der bestehenden Verhältnisse, die gesellschaftlich von zentraler Bedeutung ist. Indem er Möglichkeiten einer anderen Gesellschaft und einer humaneren Asyl- und Migrationspolitik politisch repräsentiert und immer wieder sichtbar macht, entwickelt er eine gegenhegemoniale Funktion. Die dargestellten Schwierigkeiten des subkulturellen Aktivismus verweisen auch auf die Herausforderungen, mit denen es verbunden ist, in der gegenwärtigen Situation, in der eine repressive Asyl- und Migrationspolitik staatlich fest verankert und institutionalisiert ist, solidarische Lösungen zu finden.

Chancen des pragmatischen, naiven Humanismus

Relevante Teile der Flüchtlingshilfe waren weniger aktivistisch motiviert, als davon, konkrete Unterstützung und Nothilfe für alltägliche Probleme der Geflüchteten anzubieten. Die Motivation war es hier nicht in erster Linie, die Gesellschaft politisch zu verändern, sondern die Lebensbedingungen konkreter Personen zu verbessern. Das Spektrum der Hilfsleistungen reichte von Spenden über Sprach- und Sportkurseangebote und eine Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche bis zur Begleitung bei Behördengängen. Organisatorisch stützte sich das Engagement auf ehrenamtliche Helferkreise und Willkommensinitiativen, in denen vielfach kirchliche Träger eine wichtige Rolle spielten, wie ein Aktivist beschreibt:

»Und dann sind [...] sehr viele Initiativen sehr schnell entstanden: [...] welche, die im Katastrophenmodus unterwegs waren, also schnell Willkommenskultur machen und irgendwie, was weiß ich, Matratzen und Schlafsäcke und solche Sachen organisieren oder irgendwelche Feste organisieren und die [...] sehr schnell wieder verschwunden sind. Dann haben sich [...] Unterstützernetze [gebildet], die [...] sehr nah an den Kirchen organisiert waren oder [...] aus der Kommune heraus [...] entwickelt haben. [...] Vereine haben sich neu gegründet und so gemischte Unterstützernetze. Es gab irgendwie alles und das war [...] eine spannende Zeit, weil eben auf einmal sehr viele Leute bereit waren etwas zu tun.« (Ehrenamtlicher, 19.10.2018)

In der wissenschaftlichen Debatte über Flüchtlingshilfe wurden – auch da sich selbst als politisch verstehender Aktivismus teilweise implizit als normativer Maßstab fungierte – in erster Linie Probleme des Engagements hervorgehoben: Den Praktiken sei ein hierarchisches Verhältnis von Helfen inhärent, das mit einer Dankbarkeitserwartung, Paternalismus und Abhängigkeitsverhältnissen einhergehe; sie seien von Rassismus und Vorurteilen geprägt und trügen zu einer Entprofessionalisierung sozialer Arbeit bei. Entsprechende Beispiele für die Probleme karitativen Engagements finden sich auch in den im Rahmen des Forschungsprojekts ›Willkommenskultur und Demokratie in Deutschland‹ geführten Interviews, etwa im folgenden Bericht eines Aktivisten:

»Also diese Unterstützungsleute aus den Unterstützernetzen waren meiner Meinung nach immer [...] sehr stark auf ihre konkrete Arbeit fixiert [...] und [hatten] eine ganz große Sorge [...], dass wenn man sich politisch zu irgendwas äußert, dass sie dann in ihrer alltäglichen Arbeit gestört werden, so ein Stück weit, bis hin zu, dass sie eigentlich den Geflüchteten ihre politische Subjektivität abgesprochen haben und gesagt haben: ›Ja, die sollen jetzt auch mal zufrieden sein.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018)

Charakteristisch für karitatives Engagement, so zeigt das Zitat, war teilweise eine »viktimisierende Perspektive auf Flüchtende, aus der heraus diese zunächst vor allem hinsichtlich ihrer körperlich-mental bedürfnisse sowie als ›Leidende‹ wahrgenommen wurden« (Sutter 2019: 302). Der Schwerpunkt lag »in vielen Fällen auf situativer Unterstützung einzelner Personen in einer vorübergehenden Notsituation, statt auf dem Ziel, langfristige oder grundsätzliche gesellschaftliche oder politische Veränderungen zu bewirken« (Daphi/Stern 2019: 275). Manche Aktive beschreiben ihr Engagement explizit als

apolitisch und versäumen es, ihr Engagement in einem politischen Kontext zu verorten (Fleischmann/Steinhilper 2017).

Gleichzeitig werden in den Interviews unseres Forschungsprojekts jedoch fünf spezifische Chancen eines sich als unpolitisch begreifenden, pragmatischen und naiven Humanismus sichtbar:

Soziale Nahbeziehungen. Je nach Typ des Engagements sind die Ehrenamtlichen mehr oder weniger stark in direktem Kontakt mit Geflüchteten, wie eine Ehrenamtliche erzählt: »Es gab die, die hatten ganz wenig Beziehungspunkte. [...] Aber bei uns war das [...] recht eng [...]. Also ich habe glaube ich zehn Geflüchtete sehr, sehr gut kennengelernt« (Ehrenamtliche, 19.04.2018). Durch das Ehrenamt entstehen soziale Nahbeziehungen, ergänzt ein Aktivist: »Das Aufbauen von persönlichen Beziehungen zu Geflüchteten, das ist die Stärke des Ehrenamtes« (Ehrenamtlicher, 19.10.2018). In vielen Fällen, so die Mitarbeiterin einer Beratungsstelle, entstünden intensive Kontakte, die potenziell lebenslang andauern werden: »Ich finde das Ehrenamt [...] toll, weil wir haben [...] Patenschaften, da ist klar, das wird eine Beziehung fürs Leben werden. Und wenn die Jugendlichen bei uns aus der Jugendhilfe gehen, dann haben sie immer noch diese Familie, wo sie mindestens einmal die Woche [sein können]. Wir haben Patenschaften, die fahren sogar [...] in den Urlaub« (Arbeitsmarktberaterin, 25.09.2018).

Problemlösender Charakter. Kennzeichen der karitativen Flüchtlingshilfe ist eine pragmatische Herangehensweise an auftretende Probleme. Anders als im politischen Aktivismus geht es in erster Linie um die konkrete Lösung von Herausforderungen, denen Geflüchtete in ihrem Alltag gegenüberstehen. Eine Ehrenamtliche erzählt, wie sie die Konfrontation mit Aktivist*innen im Rahmen der Flüchtlingshilfe erlebt hat:

»Das waren aber auch wirklich zwei Welten. Ich kannte die politische Arbeit [...] von der Uni, da habe ich das ganz viel gemacht. Unter dem Strich bin ich aber BWLerin und habe da eine ganz, ganz pragmatische Sicht auf Dinge gehabt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass es funktioniert und ich möchte, dass die Geflüchteten möglichst viel daraus profitieren. Und ich werde mir jetzt auch ein Gehampel nicht anhören. Ich habe dafür keine Zeit und auch keinen Bock [...]: ›Wir machen jetzt ein Plenum und da stimmen wir es ab.‹ [...] Mir war das ehrlich gesagt wumpe, was das Plenum sagt.« (Ehrenamtliche, 19.04.2018)

Ein pragmatischer Umgang, erzählt eine Aktivistin, ermöglicht es, unmittelbarer auf auftretende Herausforderungen zu reagieren, als subkultureller Aktivismus dies kann:

»Die Frau hat auch total viele Sachen gemacht, [...] [würde sich] aber nie als linke Aktivistin labeln [...]. Aber wie die das wirklich so voll pragmatisch durchgezogen hat. So nach dem Motto: »Scheiß auf politische Slogans. Jetzt geht es darum diese Kinder zu retten. Jetzt geht es darum den Müttern etwas zu geben. Es geht darum diese vollkommen entkräfteten Männer... Ich spezialisiere mich jetzt auf diese Kinder Sache. Ich kaufe halt Windeln. Ich kaufe Windeln und packe das ganze Auto voll. Dann fahre ich halt dreimal am Tag.« (Ehrenamtliche, 06.03.2018)

Dem ehrenamtlichen Engagement gelingt es durch seine pragmatische Orientierung in individuellen Fällen, alltägliche Probleme zu lösen und darüber Zukunftsperspektiven der Geflüchteten zu verbessern (z.B. indem Geflüchtete erfolgreich in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden). Der Koordinator eines Unterstützungskreises betont, »dass es ohne die ehrenamtliche Unterstützung, [...] für einzelne Geflüchtete keine Perspektive hier gegeben hätte. Das gilt [...] vor allem für diejenigen, die jetzt nicht aus sicheren Herkunftsländern, also die nicht aus den sogenannten fünf Staaten [...] mit guter Bleibeperspektive gekommen sind. [...] Das funktioniert natürlich auch immer nur zum Teil, zum Teil funktioniert es dann halt auch nicht« (Mitarbeiter einer Kirche, 26.04.2018).

Durchhaltevermögen. Das Rückgrat in der Flüchtlingshilfe, erzählt ein Ehrenamtlicher, seien seiner Erfahrung nach »christlich motivierte, ältere Frauen, [...] die [...] waren auch die, die schon davor geholfen haben und die das dann auch weiterhin gemacht haben« (Ehrenamtlicher, 13.03.2018). Anders als subkulturelle Aktivist*innen seien entsprechende Ehrenamtliche bereit und in der Lage, sich langfristig zu engagieren. Sie setzen dabei eigene monetäre, kulturelle oder soziale Ressourcen für ihr Engagement ein. Ihr Alltag wird dadurch in einigen Fällen untrennbar mit der Unterstützungsarbeit verwoben (z.B. bei Patenschaften).

Radikale Naivität. Der Versuch, pragmatisch – in unprofessioneller Art und Weise – konkrete Probleme zu lösen, führt dazu, dass Handlungsspielräume immer wieder neu ausgetestet und darüber potenziell auch erweitert werden können, wie die Mitarbeiterin einer Beratungsstelle erzählt: »Ehrenamtler sind toll und die erreichen oft Dinge, die wir hier gar nicht erreichen können, weil sie ein Engagement mitbringen, [...] eine Zähigkeit und eine Naivi-

tät an manchen Stellen mitbringen, die Tür und Tor öffnet« (Ehrenamtlicher, 19.10.2018). Professionelle Beratungsstellen und erfahrene Aktivist*innen internalisieren demgegenüber stärker etablierte Handlungsroutrinen – und mit ihnen auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse –, um Frustrationserfahrungen zu vermeiden (Huke 2019). Mit der Zeit gab es einen starken Ermüdungseffekt eines Teils der ehrenamtlich Engagierten, da sich das Engagement als sehr ressourcenaufwändig erwies. »Da gab es dann schon ein paar Interessierte, aber die waren auch schnell wieder weg, weil sie gemerkt haben, das ist jetzt nichts für mal schnell [...] machen, sondern da braucht man dann irgendwie einen längeren Atem für diese Sache«, berichtet ein Aktivist (Ehrenamtlicher, 19.10.2018). Übergreifend, fügt er hinzu, ist »die Fluktuation beim Ehrenamt [...] groß [...]. Das ist glaube ich ein natürlicher Prozess in solchen Bewegungen oder in solchen Mobilisierungen. Viele merken dann schnell, dass sie doch nicht so viel Zeit haben, oder dass sie doch nicht können oder wollen mit Geflüchteten« (Ehrenamtlicher, 19.10.2018). Da ehrenamtliches Engagement in der Tendenz mehr durch soziale Nahbeziehungen geprägt und weniger distanziert ist als professionelle Beratung, wird die prekäre Lebenssituation der Geflüchteten stark als Belastung empfunden. Das Engagement, so der Aktivist weiter, »geht an die Nieren zum Teil und es ist einfach auch zeitaufwendig. [...] Es bringt eigentlich nichts, das mal ein halbes Jahr zu machen. Dann bringt es vielleicht dir selbst was, aber dem Flüchtling bringt es nicht viel« (Ehrenamtlicher, 19.10.2018).

Konkrete Solidarität. Pragmatischer Hilfe für Geflüchtete wohne ein radikales Moment inne, stellt eine Aktivistin fest: »Auf einer politischen Ebene ist es total wichtig, was wir machen. Und heute kann ich dazu sagen, weil es nach wie vor mein Hauptthema ist, diese Frage von Solidarität [...], ist sie nicht wahnsinnig radikal eigentlich? Wahnsinnig radikal in so einem System, wie es hier ist? Also in einem neoliberalen System? [...] Manchmal kann es das Radikalste sein jemandem eine Wasserflasche in die Hand zu drücken. Dafür gesorgt zu haben, dass es eine Wasserflasche gibt. Weil ansonsten verreckt diese Person [...]. Da geht es schon auch darum Leuten das Überleben zu ermöglichen« (Ehrenamtliche, 06.03.2018).

Die humanistische Perspektive der Ehrenamtlichen brach sich an den Realitäten einer staatlichen Migrationskontrollpolitik, die tausende Tote an den europäischen Außengrenzen in Kauf nahm und Geflüchtete unter teils menschenunwürdigen Standards unterbrachte. Relevante Teile der in Deutschland neu zugewanderten Menschen wurden durch exkludierende rechtliche Regelungen (z.B. Arbeitsverbote, befristete Aufenthaltstitel) lang-

fristig zu Perspektivlosigkeit verdammt. Während professionelle Beratungsangebote diese in das Migrationsregime eingeschriebenen Ausschlussmechanismen – zumindest implizit – vielfach als externe Rahmenbedingungen der eigenen Arbeit akzeptierten, bot die Naivität der Ehrenamtlichen eine Chance, menschenverachtende Praktiken des Migrationsregimes durch die Kontrastfolie eines naiven Humanismus normativ wie praktisch herauszufordern. Statt entlang der durch das staatliche Migrationskontrollregime implementierten stratifizierten Rechte zu verlaufen, folgte das zivilgesellschaftliche Engagement einem universalistischen und bedürfnisorientierten Konzept von Teilhabe, das die einzelnen Menschen und ihre Notlagen in den Mittelpunkt rückte – relativ unabhängig von deren rechtlichem Status.

Sich als unpolitisch verstehendes karitatives Engagement bietet gegenüber politischem Aktivismus spezifische Chancen; insbesondere die Möglichkeit, konkrete Probleme, die im Alltag der Geflüchteten auftreten, pragmatisch zu lösen. Ziel vieler Ehrenamtlicher ist es darüber hinaus, »die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitzugestalten« (Karakayali/Kleist 2016: 33)² und zu zeigen, dass es »neben rechter Stimmungsmache und Gewalt auch eine Willkommenskultur gibt« (Karakayali/Kleist 2016: 33). In der individuellen Fallarbeit entstehen soziale Nahbeziehungen, die fehlende Erfahrung und Unprofessionalität der Ehrenamtlichen ermöglicht es, kontinuierlich Handlungsspielräume auszuloten und zu erweitern. Durch die pragmatische Arbeit an konkreten alltäglichen Problemen wirkt das Engagement politisch: Es wirkt staatlich forcierter Exklusion von Geflüchteten entgegen, macht deren alltägliche Problemlagen erfahrbar, entwickelt neue Formen der Interaktion und öffnet den Geflüchteten neue Möglichkeitsräume im Alltag.

Das ehrenamtliche Engagement enthält damit ein Moment »pragmatisch-präfigurativer Politik« (Ribera-Almandoz et al. 2020). In alltäglichen Versuchen, die Geflüchteten pragmatisch bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen, entsteht ein Überschuss, der auf nicht eingelöste Teilhabe- und Gleichheitsversprechen verweist. Geflüchtete – so das präfigurative Potenzial dieser Praktiken – werden zumindest in punktuellen Momenten so behandelt, *als ob* sie bereits gleichberechtigt wären. Gegen diese Kontrastfolie werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die die kontinuierliche ungleiche

2 Ursache dieser Entwicklung könnte auch ein in den letzten Jahren zu beobachtender Trend eines Rückzugs aus der Politik sein, da sich viele Menschen politisch ohnmächtig fühlen und das Gefühl haben, »ausschließlich auf die Lage ›im Kleinen‹, also nur auf die Situation bezogen« (Billmann/Held 2013: 188) Einfluss nehmen zu können.

Behandlung von Geflüchteten bewirken (z.B. Aufenthaltsrecht, sozioökonomische Ungleichheit, Rassismus), für die Ehrenamtlichen selbst sicht- und kritisierbar. Auch dort, wo es keine explizit politische Kritik artikuliert, entwickelt das Engagement dadurch ein subversives Potenzial gegenüber staatlichen Praktiken der Exklusion und Migrationskontrolle (Huke 2019; Sutter 2019).

Momente der (Selbst-)Ermächtigung von Geflüchteten

Dort wo sich subkulturelles und karitatives Engagement begegneten, entstanden Reibungsverluste und Konflikte. Eine Ehrenamtliche erzählt von einem Fallbeispiel: »Der hatte mit Links und Politischem nichts am Hut. Das war dem auch völlig fern. Der wollte helfen. Das war ein anpackender Mensch. [...] Das war dann so eine Diskussion, die es ganz schnell gab, wer denn die richtigen Flüchtlingshelfer sind. Sind das die, die einfach nur helfen oder sind das die, die das eigentlich mit einem politischen Hintergrund machen [...]. Und das lief schnell auch gegeneinander« (Ehrenamtlicher, 19.04.2018). Insbesondere dort, wo Geflüchtete selbst eine aktive Rolle einnahmen, entwickelten sich an der Schnittstelle von subkulturellem und karitativem Engagement jedoch auch Formen eines pragmatischen, alltagszentrierten Aktivismus, der sich ausgehend von konkreten individuellen Problemen um kollektive Lösungen und eine (Selbst-)Ermächtigung der Geflüchteten bemühte. Diese Form der Politik vermied sowohl selbstreferentiellen Aktivismus als auch die Gefahr des karitativen Engagements, Geflüchtete zu passiven Objekten der Hilfe zu machen, denen eine politische Subjektivität abgesprochen wird. Geflüchteten wurde es dadurch ermöglicht, selbst eine aktive Rolle einzunehmen.

Ein Aktivist beschreibt, wie sich in einer Kreissporthalle, die als Unterkunft diente, Geflüchtete, Ehrenamtliche und politische Aktivist*innen begegnen und wie daraus etwas Neues entsteht. Ausgangspunkt sei die Initiative eines aktivistischen Bündnisses gewesen, an dem er beteiligt war:

»Und dann sind einzelne Leute losgezogen und haben bei Unterkünften, unter anderem eben auch in der Kreissporthalle, ich weiß gar nicht, Flyer verteilt oder so Flugblätter aufgehängt. Ach genau, es gab dann von diesem Bündnis auch so ein traditionelles Ding: Man machte Arbeitsgruppen, fünf verschiedene [...], weiß nicht mehr genau, aber es gab auf jeden Fall eine, wo es dann mehr so darum ging: Wie ist die Unterbringungssituation? Und ge-

nau und für die Treffen, das waren dann nochmal so extra Treffen, [...] sind dann Leute rumgegangen, haben an den Unterkünften Flyer verteilt.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018)

Da sich spontan viele Geflüchtete beteiligt hätten, sei jedoch rasch eine Eigendynamik entstanden:

»Da sind dann zu dem nächsten Treffen [...], keine Ahnung, fünfzehn Leute aus der Unterkunft gekommen, die gesagt haben: ›So, jetzt sind wir hier.« [...] Also das war dann so, dass [...] die Leute aus dem Bündnis auch gar nicht so gut damit umgehen konnten, dass da plötzlich dann fünfzehn Leute sitzen, die nicht gut Deutsch sprechen, die irgendwie sagen wir mal, habituell ganz anders drauf sind und ja auch ganz andere politische Erfahrungen gemacht haben. Also, das war erstmal so die erste Hürde überhaupt da in Kontakt zu kommen, weil es halt nicht so einfach funktioniert.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018)

Zuvor habe sich »dieses Bündnis [...] einmal im Monat getroffen und dann hatten wir da so wöchentlich getaktete Treffen, was für uns brutal schnell war und brutal viel und für die Leute aus der Halle, die dachten so: ›Ok, einmal die Woche. Wir können uns doch jeden Tag treffen.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018). Für ihn sei es eine spannende Erfahrung gewesen,

»da nicht reinzugehen und zu sagen: ›Ok, wir machen jetzt unser traditionelles Programm«, [...], sondern auch so diese Eigendynamik dieser Auseinandersetzung erstmal anzuerkennen, zu sehen: Naja klar, die Leute sind ja ganz anders eingebunden, die haben irgendwie auch ein viel existenzielleres Interesse irgendwie an der politischen Auseinandersetzung.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018)

Es sei nicht nur für die Aktivist*innen, sondern auch für die sich als unpolitisch begreifenden Ehrenamtlichen aus den Helferkreisen eine neue Situation gewesen, weil es

»ein Zusammenhang war, wo dann auch ganz viele Geflüchtete waren, [...] das war dann irgendwie auch klar: ›Ok, die äußern sich halt auch.« Die saßen halt da und haben gesagt: ›Ok, also diese Halle muss weg.« [...] Das war dann natürlich für die Leute aus den Unterstützerkreisen auch erstmal eine Konfrontation, [...] die haben mit denen da auch nie darüber geredet, ob sie diese Halle gut finden oder nicht, sondern halt, ob die es gut finden, wenn ihre Kinder [...] Fahrrad fahren gehen oder so.« (Ehrenamtlicher, 25.04.2018)

Dort, wo eine Selbstermächtigung der Geflüchteten im Mittelpunkt steht, treten aktivistische und ehrenamtliche Interessen eher in den Hintergrund. Ihnen kommt weniger eine verantwortliche als eine unterstützende Rolle zu, erzählt eine Aktivistin:

»Und das war bei den Messehallen zum Beispiel auch so, in der ersten Woche sind schon Leute rausgekommen abends aus der Halle und [haben] protestiert [...]. Die standen auf der Treppe und haben gesagt: ›Wir gehen nicht mehr hier rein, denn wir halten es da drinnen nicht mehr aus. Wir sind hier über 1000 Leute. Hier kann man nicht schlafen. Es gibt viel zu wenige Toiletten. Wir sind hier irgendwie viel zu viele verschiedene Leute, denen es einfach scheiße geht. Der [Geräuschpegel] [...] ist einfach unerträglich.« Und wir sind da hin mit ein paar Leuten und haben einfach eine kleine Box mitgenommen. Und Mikros. Und wir haben gesagt, dass man das jetzt einfach verstärken muss. Da muss man sich gar nicht einmischen oder involvieren, man muss es einfach nur verstärken. Und da haben wir das angeboten. Und gesagt: ›Hier gibt es eine Anlage. Damit ihr eine [Versammlung] [...] machen könnt. Auf der Treppe. Damit ihr euch gegenseitig hören könnt.« Das war auch schon ziemlich abgefahren. Da sind Leute ans Mikro gegangen und haben ihre persönliche Geschichte erzählt. Und wo dann andere kamen und gesagt haben: ›Das könnt ihr doch nicht machen. Das sind krasse Retraumatisierungen. Die erzählen hier [...] ihre Geschichte. Ihr habt Verantwortung. Das dürft ihr nicht machen.« Ja, kann sein. Aber sie will es doch jetzt erzählen. So viel Verantwortung habe ich nicht.« (Ehrenamtliche, 06.03.2018)

Selbstermächtigungsprozesse von Geflüchteten profitieren gleichzeitig von aktivistischer und ehrenamtlicher Unterstützung. Er sei skeptisch, stellt ein Sozialarbeiter fest, ob Geflüchtete von sich aus, ohne externe Unterstützung

»viel [Handlungsmacht] [...] hätten, in dem Sinne von: Da ist ein krasses Wissen in den Communities, was zirkuliert, die setzen sich für ihre Rechte ein, da gibt es bestimmte Strategien, um mit behördlichen Widerständen umzugehen oder mit Regularien. Ich bin da [...] desillusioniert, [...] das gibt es [...] bei weitem nicht in dem Ausmaß. Es ist eher oft erschreckend, wie wenig Motivation da ist, sich zu organisieren. Und die ist letztlich genauso, wie im normalen deutschen Alltag, in der Nachbarschaft, wo auch nur drei Prozent zu den Nachbarschaftstreffen kommen.« (Sozialarbeiter, 02.02.2018)

Die meisten Geflüchteten, meint auch der Mitarbeiter einer Beratungsstelle, »kommen natürlich hier an ohne Systemwissen« (Arbeitsmarktberater,

05.07.2018). Hinzu kommt, so Erfahrungen aus Interviews, dass sie im Alltag häufig überlastet und sozial relativ isoliert sind, wodurch politische Organisierung und politische Handlungsfähigkeit ebenfalls erschwert würden.

Artikulationsräume für Geflüchtete, die eine Selbstermächtigung ermöglichen, so zeigen diese Beispiele, fordern sowohl sich als politisch begreifende aktivistische als auch plakativ unpolitische ehrenamtliche Engagierte heraus. Dort, wo Situationen dies ermöglichen, entwickeln Geflüchtete eigenständige Perspektiven, die weder der Logik eines subkulturellen Aktivismus noch dem Pragmatismus ehrenamtlichen Engagements folgen. Konkrete Erfahrungen (z.B. im Prozess der Flucht) verbinden sich hier mit unmittelbaren Forderungen nach einer Lösung alltäglicher Probleme (z.B. Halle muss geschlossen werden). Dadurch ist die Frage der Strategie (z.B. politisch vs. karitativ) dem Engagement nicht vorgeordnet, wie dies in aktivistischen und ehrenamtlichen Kontexten teilweise der Fall ist. Die Trennung zwischen pragmatischen und aktivistischen Problemlösungen verliert vor dem Hintergrund des Ziels an Bedeutung, etwas an der konkreten Situation der Geflüchteten selbst zu verändern. In Momenten der (Selbst-)Ermächtigung von Geflüchteten entsteht damit eine Form der Politik, die über subkulturelles Engagement hinausweist – indem sie an die Stelle abstrakter politischer Slogans die Forderung nach einer konkreten und unmittelbaren Lösung alltäglicher Probleme setzt. Gleichzeitig werden Geflüchtete als aktive Subjekte sichtbar, wodurch Logiken subkulturellen Engagements ebenso wie Hierarchien karitativen Engagements – hier die aktiv helfenden Ehrenamtlichen, dort die Hilfsempfänger*innen – fragwürdig werden. Dort wo sie selbst aktiv werden, werden Flüchtlinge als normale Menschen mit alltäglichen Problemen sichtbar, die weder notwendig aktivistisch noch ausschließlich hilfsbedürftig sind.

Fazit

An den Beispielen des subkulturellen Aktivismus, des ehrenamtlichen Engagements und der Momente der (Selbst-)Ermächtigung von Geflüchteten wurde sichtbar, dass es sich lohnt, die Analyse nicht auf die Repräsentation politischer Forderungen und Selbstverständnisse zu beschränken. Handlungen (z.B. die pragmatische Unterstützung von Geflüchteten im Alltag) können unabhängig von ihrer Interpretation – auch durch die Handelnden selbst – einen politischen Charakter entfalten. Gleichzeitig bedeutet ein formulierter

politischer Anspruch noch nicht, dass die eigenen Praktiken real auch eine politische Wirkung entfalten. Das politische Potenzial von Praktiken erschließt sich erst, wenn ihre Effekte vor dem Hintergrund gesellschaftlich wirksamer Macht- und Herrschaftsverhältnisse verortet werden, wodurch in den Blick gerät, ob und inwiefern sie in der Lage sind, Brüche auszulösen und Transformationsprozesse zu initiieren. Gesellschaftliche Veränderungen sind nicht notwendig eine Frage explizit artikulierter Forderungen, sie können auch dort entstehen, wo Handlungsrouinen, die entlang von Macht- und Herrschaftsverhältnissen entstehen, praktisch unterlaufen und verändert werden. Die Artikulation von Forderungen geht gleichzeitig nicht notwendig mit einer praktischen Herausforderung der bestehenden Verhältnisse einher. Das Verständnis von Politik kann daher nicht auf öffentliche Aushandlungsprozesse in der Zivilgesellschaft reduziert werden – und noch viel weniger auf Konflikte innerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie.

Verändert man in diesem Sinne die Perspektive auf Engagement, wird es fragwürdig, subkulturellem Aktivismus mit politischem Selbstverständnis notwendig ein größeres Transformationspotenzial zuzuschreiben als dem sich als apolitisch begreifendem Ehrenamt. Während linksradikale Engagierte zwar weitreichende Forderungen artikulierten (»No Border«), beschränkte sich ihr Engagement teilweise auf kurzfristige symbolische Unterstützung und nahm in einigen Fällen eher instrumentell-strategisch auf Geflüchtete Bezug, ohne mit diesen in direkten Kontakt zu treten. Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe begriffen demgegenüber das eigene Engagement häufig als unpolitisch und artikulierten keine expliziten politischen Forderungen, ihre Unterstützungsarbeit hatte dennoch politische Konsequenzen (z.B. da durch das Engagement staatliche Strategien der Isolation durchbrochen oder durch radikale Naivität Chancen von Geflüchteten graduell ausgeweitet werden konnten).

Momente der (Selbst-)Ermächtigung von Geflüchteten zeigen, dass beide Formen des Engagements unzureichend sind. Während es subkultureller Aktivismus teilweise versäumt, Lösungen für konkrete alltägliche Probleme anzubieten, tendiert ehrenamtliches Engagement dazu, Geflüchteten ihre politische Subjektivität abzusprechen. Das strategische Ziel, in »einem Prozess der Politisierung [...] das Versagen des Staates, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung zu organisieren, sowie seine gesamte anti-migrantische Politik« (Ratfisch/Schwiertz 2016: 32) zu thematisieren, greift vor diesem Hintergrund zu kurz. Statt subkulturellen Aktivismus und dessen öffentliche Artikulation von Forderungen implizit zur Norm zu erheben, an

die sich ehrenamtliches Engagement und – in der Tendenz auch Geflüchtete selbst – annähern müssen, erscheint es produktiver, nach konkreten Lösungsstrategien zu suchen, die es ermöglichen, alltägliche Probleme von Geflüchteten praktisch zu lösen. Diese können sowohl eine konkrete alltagspraktische (z.B. Wohnraumsuche), als auch eine Dimension der (partei-)politischen Repräsentation haben (z.B. rechtliche Rahmenbedingungen). Weder das sich selbst als unpolitisch begreifende Engagement in der Flüchtlingshilfe noch subkultureller Aktivismus haben für diese Herausforderung eine Patentlösung. Notwendig scheint nicht nur eine Politisierung des karitativen Engagements, sondern auch eine alltagszentrierte Neuorientierung des subkulturellen Aktivismus, die es ermöglicht, die individuelle Lebenssituation von Geflüchteten in einem langfristigen Prozess über konkrete »kleine große Erfolge« (Colau/Alemany 2013) zu verbessern.

Literaturverzeichnis

- Agnoli, Johannes (1968): Die Transformation der Demokratie. In: Johannes Agnoli/Peter Brückner (Hg.): Die Transformation der Demokratie. Frankfurt a.M. Europäische Verlagsanstalt, 5-87.
- Bayat, Asef (2010): *Life as Politics. How Ordinary People Change the Middle East*. Amsterdam. Amsterdam University Press.
- Billmann, Lucie/Held, Josef (2013): Die Bedeutung von Solidarität für junge Beschäftigte im Dienstleistungsbereich. In: Lucie Billmann/Josef Held (Hg.): *Solidarität in der Krise*. Wiesbaden. Springer VS, 179-210.
- Colau, Ada/Alemany, Adrià (2013): *¡Sí se puede! Crónica de una pequeña gran victoria*. Barcelona. Ediciones Destino.
- Daphi, Priska/Stern, Verena (2019): Engagement für und mit Geflüchteten. Reflexionen zur Zivilgesellschaft. In: Reinhard Johler/Jan Lange (Hg.): *Konfliktfeld Fluchtmigration. Historische und ethnographische Perspektiven*. Bielefeld. transcript, 265-279.
- Fleischmann, Larissa/Steinhilper, Elias (2017): The Myth of Apolitical Volunteering for Refugees: German Welcome Culture and a New Dispositif of Helping. In: *Social Inclusion* 5 (3), 17.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (2017): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Sabine Hess/Bernd Kasperek/Stefanie Kron/Mathias Rodatz/Maria

- Schwertl/Simon Sontowski (Hg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin/Hamburg. Assoziation A, 6-24
- Huke, Nikolai (2019): Teilhabe trotz staatlicher Ausgrenzungspolitik. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 32 (3), 394-407.
- Jessop, Bob (1999): The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas. In: *Journal of the Hellenic Diaspora* 25 (1-2), 41-77.
- Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf (2016): EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. https://fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2016/08/Studie_EFA2_BIM_11082016_VOE.pdf, 1.7.2020.
- Karakayali, Serhat (2017): »Infra-Politik« der Willkommengesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30 (3), 16-24.
- Kitschelt, Herbert (1993): Social Movements, Political Parties, and Democratic Theory. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 528 (1), 13-29.
- Ratfisch, Philipp/Schwiertz, Helge (2016): Antimigrantische Politik und der »Sommer der Migration«. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen25_Antimigrantische_Politik.pdf, 21.7.2016.
- Ribera-Almandoz, Olatz/Huke, Nikolai/Clua-Losada, Mònica/Bailey, David J. (2020): Anti-austerity between militant materialism and real democracy: exploring pragmatic refigurativism. In: *Globalizations* 8 (1), 1-16.
- Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (2017): Einleitung. Eine neue Bürgerbewegung. In: Werner Schiffauer/Anne Eilert/Marlene Rudloff (Hg.): So schaffen wir das? Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld. transcript, 13-35.
- Sutter, Ove (2019): Präfigurative Politiken und kulturelle Figurierungen des Helfens. Konstellationen zivilgesellschaftlicher Willkommenskultur in den Migrationsbewegungen von 2015. In: Reinhard Johler/Jan Lange (Hg.): *Konfliktfeld Fluchtmigration. Historische und ethnographische Perspektiven*. Bielefeld. transcript, 299-318.

